

57. Sitzung des Gemeinderates am 08.11.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung und eröffnet diese.

Es wird kein Widerspruch gegen die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung erhoben.

Zu Beginn der nichtöffentlichen Sitzung wurde durch Herrn Kemmelmeier von der PWU-Fraktion beantragt, den Tagesordnungspunkt 5 der nichtöffentlichen Sitzung auf die öffentliche Sitzung zu verschieben. Dieser Antrag fand eine Mehrheit. Dieser Top, Neubau einer Volkshochschule im BAHOG-Gelände; Sachstandsbericht und weiteres Vorgehen, wird als 11. Tagesordnungspunkt in der heutigen Sitzung behandelt. Des Weiteren wurde durch Hr. Prieler für die PWU-Fraktion beantragt, den Tagesordnungspunkt 3 d) der öffentlichen Sitzung abzusetzen. Auch dieser Antrag fand eine Mehrheit

847

20

Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen

Die in der nichtöffentlichen Sitzungen des Gemeinderats gefassten Beschlüsse vom 26.07.2012, Nr. G797 und G798, werden in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen und sind damit der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht.

- siehe Beilage -

57. Sitzung des Gemeinderates am 08.11.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Genehmigung von Niederschriften aus den öffentlichen Sitzungen

848 20 Beschluss: 20:0

Die Niederschriften aus den öffentlichen Sitzungen des Gemeinderates vom 13.09.2012 und 10.10.2012, die den Mitgliedern des Gemeinderats übermittelt worden sind, werden genehmigt.

Herr Post kommt um 19.58 Uhr in den Sitzungssaal.

Antrag der SPD-Fraktion auf Elektronisierung der Sitzungsunterlagen

Die SPD-Fraktion des Gemeinderats Unterföhring hat mit Schreiben vom 21.10.2012 (Posteingang 23.10.2012) einen Antrag auf Elektronisierung der Sitzungsunterlagen gestellt. Der Antrag wurde den Mitgliedern des Gemeinderats mit den Sitzungsunterlagen zugestellt.

Dem Antrag nach soll den Mitgliedern des Gemeinderats ein eigener Zugang zum Rathausserver gewährt werden. Zusätzlich soll jedem Mitglied ein pauschaler Zuschuss für den Druck der Unterlagen gewährt werden. Ferner sollen auch die steuerlichen Auswirkungen der unentgeltlichen Nutzung sowie der Bezuschussung geprüft und dem Gemeinderat vorgelegt werden. Hintergrund des Antrags ist sowohl die Einsparung von Verwaltungskosten, als auch die Eindämmung der immer größer werdenden Papierflut.

Für die Umsetzung dieses Antrags sind Tablets bzw. Laptops o.ä. notwendig.

Anmerkung der Verwaltung:

Des Weiteren muss aus datenschutzrechtlicher Sicht geprüft werden, ob ein Zugriff auf den Rathausserver möglich ist. Alternativ müsste eine entsprechende Software (beispielsweise Komuna, RIS, More! Rubin, AKDB Session, o.ä.) gekauft werden.

Der Antrag sollte deshalb als Prüfungsauftrag an die Verwaltung formuliert werden.

849 21 Beschluss: 21:0

Den Mitgliedern des Gemeinderats wird im Haushaltsjahr 2013, soweit gewünscht, ein Tablet-PC zur Verfügung gestellt. Zudem ist den Gemeinderatsmitgliedern frühestmöglich in 2013 ein eigener Zugang zum Rathausserver unter Berücksichtigung des Datenschutzes zu schaffen, auf dem die Unterlagen (auch Archivzugriffe) Termine etc. in digitaler Form zum Abruf eingestellt werden.

Bei Einrichtung eines Zugangs zum Rathausserver, soll den Gemeinderatsmitgliedern ein pauschaler Zuschuss für den Druck der

57. Sitzung des Gemeinderates am 08.11.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Unterlagen gewährt werden.

Ferner sind die steuerlichen Auswirkungen der unentgeltlichen Nutzung und der Bezuschussung zu prüfen und ggf. dem Gemeinderat vorzulegen.

Die entsprechenden Mittel sind für das Haushaltsjahr 2013 einzuplanen.

Az.: 0401; 047

0.1, 2.1

Herr Ilmberger verlässt den
Sitzungssaal um 20.14 Uhr und
kehrt um 20.16 Uhr zurück.

Herr Dr. Ernstberger verlässt den
Sitzungssaal um 20.16 Uhr und
kehrt um 20.30 Uhr zurück.

Antrag der SPD-Fraktion zur Errichtung einer Photovoltaikanlage auf dem gemeindeeigenen Grundstück nördlich der Autobahn A99 und westlich des Mittleren-Isar-Kanals

Der Bürgermeister gibt den Antrag der SPD-Fraktion zur Errichtung einer Photovoltaikanlage auf dem gemeindeeigenen Grundstück nördlich der Autobahn A99 und westlich des Mittleren-Isar-Kanals vom 21.10.2012 bekannt.

Dieser wurde den Mitgliedern des Gemeinderats mit der Sitzungseinladung zugestellt.

Das Gemeinderatsmitglied, Herr Mecke, stellt den Antrag diesen Tagesordnungspunkt abzusetzen, da hierüber vorher im Unterföhringer Klimaschutzkonzept beraten werden soll.

850 21 Beschluss: 11:10

Der Antrag des Herrn Mecke findet eine Mehrheit. Der Tagesordnungspunkt wird daher abgesetzt.

Az.: 6010

3.1; 3.3

57. Sitzung des Gemeinderates am 08.11.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Herr Mecke verlässt den
Sitzungssaal um 20.48 Uhr und
kehrt um 20.50 Uhr zurück.

Antrag der SPD-Fraktion zum Einbau von Aufzugsanlagen in die gemeindeeigenen Wohnanlagen an der Fichtenstraße

Der Bürgermeister gibt den Antrag der SPD-Fraktion zum Einbau von Aufzugsanlagen in die gemeindeeigenen Wohnanlagen an der Fichtenstraße vom 21.10.2012 bekannt. Dieser wurde den Mitgliedern des Gemeinderates gestellt.

Der Antrag wurde damit begründet, dass ein großer Teil der Mieter, die laut dem Seniorengutachten immer älter werden, in den gemeindeeigenen Wohnanlagen an der Fichtenstraße wohnt. Um diesen Personenkreis eine möglichst langen Aufenthalt in ihren Wohnungen zu ermöglichen („ambulant vor stationär“) und auch um die niederschweligen Angebote der Gemeinde zu erweitern, soll die Verwaltung den Bau von Aufzugsanlagen prüfen lassen.

In diesem Antrag wird die Verwaltung beauftragt, zu prüfen, ob der Einbau von Aufzugsanlagen an der gemeindeeigenen Wohnanlage an der Fichtenstraße technisch und finanziell machbar wäre.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass besonders folgende Punkte beachtet werden: Wegeführung und soweit erforderlich der Umbau bzw. die Verlegung, Feuerwehrezufahrten, Treppenhausertüchtigung, Kosten für den Unterhalt der Aufzugsanlagen. Zweckmäßig erscheint erst ein Umbau/Einbau eines Aufzuges in einer Zeile und hier vorab der nördlichste Eingang. Damit wäre noch kein zwingender Eingriff in die vorhandene Wegeführung (Feuerwehrezufahrt etc.) erforderlich.

851 21 Beschluss: 21:0

Die Verwaltung wird beauftragt, den Ein- oder Anbau von Aufzugsanlagen in der Wohnanlage Fichtenstraße auf technische und finanzielle Machbarkeit zu prüfen.

Az.: 6323
3.4,3.1, 2

57. Sitzung des Gemeinderates am 08.11.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

852 21 **Antrag der SPD-Fraktion zur Errichtung von zusätzlichen Fußballtrainingsplätzen**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der heutigen öffentlichen Tagesordnung abgesetzt.

Antrag der SPD-Fraktion auf Übernahme der Straßenbeleuchtung

Der Bürgermeister gibt den Antrag der SPD-Fraktion auf Übernahme der Straßenbeleuchtung vom 28.10.2012 bekannt, der den Mitgliedern des Gemeinderats zugestellt wurde.

Als Begründung führt die SPD in ihrem Antrag folgendes an.
Im Rahmen der Energievision steht die Energieeinsparung an oberer Stelle. Mit einem gemeindlichen Konzept steht vor allem die Wirtschaftlichkeitsberechnung im Vordergrund. Dabei sind die Auswirkungen auf die Gemeinde, personell, haftungsrechtlich und ausstattungsmäßig bei der Wirtschaftlichkeitsprüfung der privatwirtschaftlichen Vergabe gegenüber zu stellen. Die Auswirkungen beim Betrieb durch die Gemeinde oder alternativ durch Dienstleister (Ausschreibung) müssen ebenfalls aufgezeigt werden. Gleichzeitig soll dargelegt werden wie eine höhere Effizienz beim Betrieb mit ortsbildgestalterischen Gesichtspunkten kombiniert werden kann. Zur besseren Abwägung der gemeindlichen Interessen sind Verhandlungen mit der Firma E.ON Bayern AG über eine optionale Vertragsverlängerung aufzunehmen.

853 21 **Beschluss: 21:0**

1. Der Vertrag mit der E.ON-Bayern AG zur Straßenbeleuchtung ist fristgerecht im Jahr 2013 zu kündigen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt vor Abschluss eines neuen Vertrages ein neues Straßenbeleuchtungskonzept zu entwickeln, mit dem Ziel die Straßenbeleuchtung zu übernehmen. Dabei sind die Anforderungen der Energieeinsparung bei optimierter Wirkung (Gleichmäßigkeit, Ortsbild, LED-Technik usw.) und die betrieblichen und wirtschaftlichen Aspekte einzubeziehen.
3. Mit der E.ON-Bayern AG sind optional Verhandlungen über einen neuerlichen Vertragsabschluss aufzunehmen. Das Angebot der E.ON-Bayern AG auf neuerlichen Vertragsabschluss ist dem gemeindlichen Konzept gegenüberzustellen und dem Gemeinderat zur Beratung vorzulegen.
4. Im Vermögenshaushalt 2013 bzw. Finanzplan 2014-2016 sind entsprechende Mittel zur möglichen Ablösung der Beleuchtungskörper vorzusehen.

Az: 5210

3.2; 3.1; 3.4; 2.1; 1.1

57. Sitzung des Gemeinderates am 08.11.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Frau Fister, Frau Koller-Goertz, Herr Guist und Herr Unterstein verlassen den Sitzungssaal um 21.10 Uhr.

Frau Fister, Herr Guist und Herr Unterstein kommen um 21.12 Uhr in den Sitzungssaal zurück.

Frau Koller-Goertz kommt um 21.15 Uhr in den Sitzungssaal zurück.

Fortschreibung des Regionalplans der Region München; Kapitel B I Sicherung und Entwicklung der natürlichen Lebensgrundlagen, B II Siedlungswesen und B III 5 Festlegung und Entwicklung von Erholungsräumen

Der Bürgermeister gibt das Schreiben des Regionalen Planungsverbands München vom 10.08.2012 zur Fortschreibung des Regionalplans der Region München bekannt, in dem die Gemeinde erneut Gelegenheit erhält zur genannten Fortschreibung Stellung zu nehmen. Inhalt der Fortschreibung ist die Neufassung des Kapitels B I Siedlung und Entwicklung der natürlichen Lebensgrundlage, die Änderungen und Ergänzungen des Kapitels B II Siedlungswesen sowie die Neufassung des Kapitels B III 5 Festlegung und Entwicklung von Erholungsgebieten. Die Karten Landschaftsräume und regionale Grünzüge wurden dem Gremium mit der Sitzungseinladung gestellt.

Gemäß § 9 Raumordnungsgesetz (ROG) sind Regionalpläne aus dem Raumordnungsplan für das Landesgebiet zu entwickeln. Nach Art. 5 des Bayerischen Landesplanungsgesetz (BayLplG), sind die Träger der Regionalplanung, die Regionalen Planungsverbände. Bei der Erfüllung ihrer Aufgaben stimmen sie die Interessen der Verbandsmitglieder im Rahmen der Landesplanung ab. Sie erfüllen diese Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis. Die Regionalen Planungsverbände sind Zusammenschlüsse der Gemeinden und Landkreise einer Region.

Die Regionalpläne werden aus dem Landesentwicklungsprogramm entwickelt und konkretisieren die dortigen Festlegungen räumlich und inhaltlich für die 18 bayerischen Regionen. Unterföhring gehört zur Region 14 (München). Sie werden von den Regionalen Planungsverbänden im übertragenen Wirkungskreis erstellt und bei Bedarf fortgeschrieben. Die Regionalpläne enthalten Festlegungen zu überfachlichen und fachlichen Belangen wie z. B. die Ausweisung von Klein- und Unterzentren, Ziele und Grundsätze zur Siedlungs- und Freiraumentwicklung und gebietsscharfe Vorrang- und Vorbehaltsgebiete z. B. zur Sicherung und Gewinnung von Bodenschätzen. Die Regionalpläne bestehen aus einem textlichen Teil mit den Zielen und

57. Sitzung des Gemeinderates am 08.11.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Grundsätzen und aus Karten mit der zeichnerischen Darstellung von Zielen und der Begründung.

Seitens der Gemeinde Unterföhring wird darauf hingewiesen, dass der Regionalplan fortgeschrieben wird, obwohl das Verfahren zur Fortschreibung des übergeordneten Landesentwicklungsprogramms (LEP) noch nicht abgeschlossen ist.

Bei der Festsetzung der landschaftlichen Vorbehaltsgebiete auf Unterföhringer Flur, erwartet die Gemeinde, dass keine Einschränkungen bzgl. der Entwicklungsmöglichkeiten z.B. im Bereich von regenerativen Energien (Photovoltaik, Geothermie, etc.) eintreten.

Der Bürgermeister bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 08.07.2010, Nr. 474, in Erinnerung.

B I Siedlung und Entwicklung der natürlichen Lebensgrundlage

Die landschaftlichen Vorbehaltsgebiete sollen nicht mehr als Ziel, sondern als Grundsatz festgesetzt werden, da bei diesen Gebieten eine planerische Abwägung möglich ist. Die extra bestehenden ausgewiesenen Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete wurden ausgenommen, so dass sich die Flächen der landschaftlichen Vorbehaltsgebiete reduziert haben.

Für die Gemeinde Unterföhring sind die Landschaftsräume 7.1 Erdinger Moos/Freisinger Moos (nördliche Münchner Ebene) und 12 Isartal ausgewiesen.

Im Gebiet 7.1 Erdinger Moos/Freisinger Moos (nördliche Münchner Ebene) ist auf folgende Sicherungs- und Pflegemaßnahmen hinzuwirken:

- Extensivierung der landwirtschaftlichen Nutzung auf grundwassernahen Standorten
- Erhaltung der Feuchtstandorte und Einleitung der Wiederherstellung der Niedermoore
- Wiederherstellung der gebietstypischen biologischen Vielfalt
- Erhaltung der Gehölzstruktur und Waldreste
- Wiederbelegung ausgeräumter Fluren durch Pflanzung naturnaher Gehölze

Beim Landschaftsraum 12 Isartal handelt es sich um ein Landschaftsschutzgebiet bzw. Naturschutzgebiet, so dass hier keine landschaftlichen Vorbehaltsgebiete vorgeschlagen werden.

Auf den Beschluss des Gemeinderats vom 26.07.2012, Nr. 808, zur Ausweisung eines Naturschutzgebietes „Nördliches Isartal“ wird hingewiesen.

Es ist aufgeführt, dass sich in stärker beeinträchtigten Abschnitten des Isartals große potentielle Retentionsbereiche (Rückhaltegebiete) ohne

57. Sitzung des Gemeinderates am 08.11.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Gefährdung für Siedlungen reaktivieren lassen. So soll unter anderem mit dem „Gewässerpflegeplan Mittlere Isar“ die Restwassermenge erhöht und die Gewässerdynamik, z. B. durch Uferrückbau und Geschiebemanagement gefördert werden. Das Gebiet wird in Teilen vom Bundesamt für Naturschutz als „besonders schutzwürdige Landschaft“ eingestuft.

B II Siedlungswesen

Im Kapitel B II Siedlungswesen wurden die bestehenden regionalen Grünzüge mit der Funktion Frischluftproduktion/Kaltluftentstehung (z. B. große regionale Waldgebiete) ergänzt.

Für die Gemeinde Unterföhring sind die Grünzüge 9 Isartal und 12 Grüngürtel Flughafen München / Erdinger Moos / Aschheimer Speichersee / Grüngürtel München-Nordost ausgewiesen.

Ebenso wurde das Ziel ergänzt, dass eigengenutzte Freizeitwohnanlagen und Campingplätze (mit überwiegend Dauer-Campingplätzen) im Stadt- und Umlandbereich München nicht errichtet werden dürfen.

B III 5 Festlegung und Entwicklung von Erholungsgebieten

Zur Sicherung und Entwicklung der Erholungsnutzung werden für die Gemeinde Unterföhring die Erholungsräume 6 Isartal und 7 Erdinger Moos zwischen Speichersee und Flughafen München Nord-Ost ausgewiesen. Ebenso wurde für die Gemeinde Unterföhring als überörtliche Einrichtung der Unterföhringer See (Nr. 14) und der Feringasee (Nr. 15) sowie der Radlring München und der Radweg entlang der Isar und südlich des Speichersees festgesetzt.

854 21 Beschluss: 21:0

Der Gemeinderat nimmt den Fortschreibungsentwurf des Regionalplans München zu den Kapiteln B I Siedlung und Entwicklung der natürlichen Lebensgrundlage, B II Siedlungswesen sowie B III 5 Festlegung und Entwicklung von Erholungsgebieten zur Kenntnis und bringt nur dann keine Anregungen und Bedenken vor, wenn die Festsetzungen nicht die Planungshoheit der Gemeinde Unterföhring einschränken.

Die Gemeinde Unterföhring fordert eine Änderung im Kapitel B I Siedlung und Entwicklung hinsichtlich der Sicherungs- und Pflegemaßnahmen im Gebiet 7.1, wonach keine weitere Intensivierung der landwirtschaftlichen Nutzung auf grundwassernahen Standorten festgesetzt werden darf.

Durch die Neufassungen und Ergänzungen der Fortschreibung des Regionalplans dürfen sich für die Gemeinde Unterföhring keine nachteiligen Auswirkungen für die künftige Siedlungsentwicklung und bisherige Nutzung ergeben.

57. Sitzung des Gemeinderates am 08.11.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Gemeinderatsbeschluss vom 26.07.2012, Nr. 808, mit folgendem Wortlaut bleibt aufrechterhalten: „Aufgrund der großen Schutzwürdigkeit des nördlichen Isartals begrüßt die Gemeinde Unterföhring dessen Ausweisung als Naturschutzgebiet im Wesentlichen. Damit soll erreicht werden, dass das Isartal vor den besonders schädigenden Nutzungen geschützt und durch Erholungslenkung der Erhalt des Gebietes und damit auch seine Eignung für die naturverträgliche Erholung der Bevölkerung gesichert wird. Um dem besonderen Schutzcharakter Rechnung zu tragen, sollte die Ausweisung als Naturschutzgebiet für einen Teilbereich des bisherigen (bis zur Kante des Isarhochufers; der darüber hinausgehende Bereich soll unverändert als LSG bestehen bleiben) Landschaftsschutzgebietes gelten. Das bestehende FFH-Gebiet „Isarauen von Unterföhring nach Landshut“ sollte dabei als innere Schutzzone mit strengeren Schutzmaßnahmen gesichert werden, die äußere Schutzzone wäre dann als Übergang und Pufferzone zur sensiblen Kernzone zu sehen.“

Bei der Festsetzung der landschaftlichen Vorbehaltsgebiete auf Unterföhringer Flur, erwartet die Gemeinde, dass keine Einschränkungen bzgl. der Entwicklungsmöglichkeiten z.B. im Bereich von regenerativen Energien (PV, Geothermie, etc.) eintreten.

Az.: 610/1
3.1

Bebauungsplanentwurf Nr. 71a/12 zur Änderung des Bebauungsplanes Einheimischen-Modell nördlich der Aschheimer Straße; Satzungsbeschluss

Der Planentwurf zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 71a/12 zur Änderung des Bebauungsplanes Einheimischen-Modell nördlich der Aschheimer Straße, in der Fassung vom 26.07.2012 nach § 12 und § 30 BauGB, lag in der Zeit vom 07.08.2012 bis einschließlich 10.09.2012 im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB aus. Die Träger öffentlicher Belange hatten von 07.08.2012 bis 10.09.2012 gemäß § 4 Abs. 2 BauGB die Möglichkeit Anregungen vorzubringen.

Die im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB sowie § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB vorgebrachten redaktionellen Hinweise und Anregungen wurden in den Bebauungsplanentwurf, Stand 27.09.2012, eingearbeitet.

Eine weitere Auslegung ist aus diesem Grund nicht mehr erforderlich. Der Bebauungsplan Nr. 71a/12 zur Änderung des Bebauungsplanes Einheimischen-Modell nördlich der Aschheimer Straße, kann als Satzung beschlossen werden.

57. Sitzung des Gemeinderates am 08.11.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

855 21 Beschluss: 21:0

Der Entwurf des Bebauungsplans Nr. 71a/12 zur Änderung des Bebauungsplanes Einheimischen-Modell nördlich der Aschheimer Straße, in der Fassung vom 27.09.2012 mit eingearbeiteten redaktionellen Änderungen und Hinweisen vom 27.09.2012 wird als Satzung beschlossen. Der Bebauungsplan erhält das Fassungsdatum 27.09.2012.

Das Verfahren gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ist durchzuführen.

Az.: 6010
3.1; 3.2; 3.3; 3.4

Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 49b/12 zur Verlegung eines Baumarktes mit Gartencenter und Tiefgarage zur Feringastrasse 5; Aufstellungsbeschluss

Der Bürgermeister gibt den Antrag der Firma Sancto Objekt Unterföhring GmbH & Co. KG, München, vom 10.10.2012 bekannt.

Für die Grundstücke Fl.Nrn. 1189/55 und 1189/68 (insgesamt 13.384m²), die im Flächennutzungsplan als Gewerbegebiet ausgewiesen sind, besteht der rechtskräftige Bebauungsplan Nr. 49/87, Änderung Gewerbegebiet Feringastrasse. Der Bebauungsplan setzt fest, dass in diesem Bereich Einzelhandelsbetriebe mit einer Verkaufsfläche von mehr als 700m² unzulässig sind.

Seitens der Firma Sancto Objekt Unterföhring GmbH & Co. KG ist die Verlegung eines SB-Baumarktes mit Gartencenter und Tiefgaragen mit ca. 7.700m² Verkaufsfläche an die Feringastrasse 5 geplant.

Zur Realisierung des Bauvorhabens ist ein Raumordnungsverfahren sowie die Änderung des rechtskräftigen Bebauungsplans Nr. 49/87, Änderung Gewerbegebiet Feringastrasse, notwendig.

Der Bürgermeister bringt hierzu den Beschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 23.10.2012, Nr. 587, zur Kenntnis, in dem dem Antrag auf Vorbescheid zur Verlegung eines SB-Baumarktes mit Gartencenter und Tiefgarage grundsätzlich zugestimmt wurde.

856 21 Beschluss: 21:0

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag der Firma Sancto Objekt Unterföhring GmbH & Co. KG, München, vom 10.10.2012, zur Änderung des Bebauungsplan Nr. 49/87, Änderung Gewerbegebiet Feringastrasse für die Fl.-Nrn. 1189/55 und 1189/68, zu.

Es ist ein vorhabenbezogenes Bebauungsplanverfahren Nr. 49b/12 zur

57. Sitzung des Gemeinderates am 08.11.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Verlegung eines Baumarktes mit Gartencenter und Tiefgarage zur Feringastrasse 5 gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB) im beschleunigten Verfahren einzuleiten und durchzuführen, nachdem das evtl. erforderliche Planfeststellungsverfahren abgeschlossen ist.

Mit dem Bebauungsplanänderungsverfahren ist der Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München, München, zu beauftragen.

Az.: 6010
3.1; 2.1; 3.3, 3.2

Antrag des Soldaten- und Kriegervereins Unterföhring e. V. auf Zuschuss zur Erneuerung des Bayerischen Löwen auf dem Kriegerdenkmal

Der Soldaten- und Kriegerverein Unterföhring hat mit Schreiben vom 18.10.2012 (Posteingang 23.10.2012) einen Antrag auf Bezuschussung der Restaurierung bzw. Erneuerung des Löwen auf dem Kriegerdenkmal gestellt (Gesamtkosten ca. 13.500,00 €). Der Antrag wurde den Mitgliedern des Gemeinderats mit den Sitzungsunterlagen zugestellt.

In seinem Antrag bittet der Soldaten und Kriegerverein Unterföhring um die teilweise Übernahme der Kosten. Im Jahr 2012 sollen durch die Gemeinde Unterföhring Kosten in Höhe von 2.000,00 € übernommen werden. Im Jahr 2013 soll durch die Gemeinde ein Zuschuss in Höhe von maximal 3.500,00 € erfolgen.

Das markante und traditionelle Denkmal mitten in unserer Gemeinde muss sowohl optisch als auch statisch ansprechend und korrekt sein. Herr Kemmelmeier bringt zur Diskussion, ob es möglich wäre, den bisherigen Löwen in eine Vitrine im Bürgerhaus zu positionieren. Der Vorsitzende stellt klar, dass der Löwe im Eigentum des Soldaten-und Kriegervereins ist und diese Überlegung nicht Gegenstand des heutigen Antrages sind.

857 21 Beschluss: 21:0

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag auf Bezuschussung der Erneuerung des Löwen auf dem Kriegerdenkmal des Soldaten- und Kriegervereins Unterföhring zu. Im Jahr 2012 werden durch die Gemeinde Unterföhring Kosten in Höhe von 2.000,00 € übernommen. Im Jahr 2013 werden durch die Gemeinde zusätzliche Kosten in Höhe von maximal 3.500,00 € übernommen. Vor Auszahlung der Rate in 2013 ist die endgültige Rechnung vorzulegen. Die entsprechenden Mittel sind für das Haushaltsjahr 2013 einzuplanen.

Az.: 1340; 324
2.1, 0.1

57. Sitzung des Gemeinderates am 08.11.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Ausleihe der Ausstellung „Lehmrausch“

Bekannter Weise hat die Gemeinde Unterföhring vor rund einem Jahr die Ausstellung „Lehmrausch“ von Frau Anita Kuisle auf Gemeindekosten erstellen lassen. Die Ausstellung wurde gezeigt, dies mit großem Erfolg. Nun haben zwischenzeitlich einige Vereine bzw. aktuell auch die Realschule Ismaning nachgefragt, ob sie Teile bzw. die Ausstellung ausleihen können.

Aus Sicht der Verwaltung sollte die Ausleihe an örtliche Vereine und Schulen sowie die Zweckverbandsschulen generell möglich sein; es wird vorgeschlagen hierfür keine Kosten anzusetzen.

Für private Interessenten (z. B. Firmen) sollte dies nicht ausgeschlossen sein, aber hierfür wird durch die Verwaltung vorgeschlagen zum einen eine Kautions zu verlangen und auch pro Tag eine geringe Ausleihgebühr.

858 21 Beschluss: 21:0

Es besteht Einverständnis, dass die Ausstellung „Lehmrausch“ an örtliche Vereine, Organisationen und die Grundschule sowie auch an die Schulen der Zweckverbände (Unterföhring, Garching, Ismaning) ohne Kosten im Rahmen der zeitlichen Verfügbarkeit erfolgen kann.

Eine Kautions ist hierbei nicht zu verlangen, allerdings müssen etwaige Schäden selbstverständlich vom Ausleiher getragen werden. Die Ausleihe selbst erfolgt ebenfalls ohne Entgelt.

Für sonstige Interessenten (z.B. Firmen oder andere) erfolgt die Ausleihe nur gegen Kautions von 1.000,00 €, des Weiteren wird pro Ausleihtag ein Betrag von 1,00 € festgesetzt.

Frau Schödl verlässt den
Sitzungssaal um 21.33 Uhr.

Verkehrsrechtliche Angelegenheiten (Empfehlungsbeschlüsse des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses): Erweiterung des verkehrsberuhigten Bereichs auf den gesamten Isarweg

Bei der Verkehrsschau 2012 wurde die verkehrsrechtliche Situation im Isarweg begutachtet.

Der Erste Bürgermeister bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 11.03.1985, Nr. 159, sowie vom 13.10.2011, Nr. 677, in Erinnerung.

Derzeit besteht ein verkehrsberuhigter Bereich für den Teilabschnitt der Hausnummern 4 und 5, im übrigen Bereich mit den Hausnummern 1 bis 1e) sowie 11 bis 19 eine 30er-Zone.

Das Landratsamt München empfiehlt, den verkehrsberuhigten Bereich auf den gesamten Isarweg auszuweiten und die bestehende 30er-Zone

57. Sitzung des Gemeinderates am 08.11.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

entsprechend aufzuheben.

Baulich sowie verkehrlich ist diese Erweiterung umsetzbar und sinnvoll. Auch den wiederkehrenden Wünschen der Anwohner dieses Teilbereichs des Isarwegs würde man mit dieser Regelung entgegenkommen; immer wieder werden Wünsche einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf 10 km/h an die Verwaltung herangetragen.

Die Teilnehmer der Verkehrsschau haben sich ebenfalls für die Erweiterung des verkehrsberuhigten Bereichs auf den gesamten Isarweg ausgesprochen. Der Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschuss hat sich mit dieser Thematik in seiner Sitzung am 23.10.2012 befasst (Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschussbeschluss, Nr. 582, und empfiehlt dem Gemeinderat, den derzeit für den Isarweg im Bereich der Hausnummern 4 und 5 bestehenden verkehrsberuhigten Bereich auf den Bereich der Hausnummern 1 bis 1e) sowie 11 bis 19 auszuweiten und zeitgleich die bestehende 30er-Zone im Bereich der Hausnummern 11 bis 19 entsprechend aufzuheben.

859 20 Beschluss: 20:0

Der Gemeinderat folgt der Empfehlung des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschuss vom 23.10.2012, Nr. 582, und beschließt, den derzeit für den Isarweg im Bereich der Hausnummern 4 und 5 bestehenden verkehrsberuhigten Bereich auf den Bereich der Hausnummern 1 bis 1e) sowie 11 bis 19 auszuweiten und zeitgleich die bestehende 30er-Zone im Bereich der Hausnummern 11 bis 19 entsprechend aufzuheben. Die Verwaltung wird beauftragt, die hierfür notwendige Beschilderung vorzunehmen.

Az.: 1402
1, 3

Frau Schödl kehrt um 21.36 Uhr
in den Sitzungssaal zurück.

Herr Mecke verlässt den
Sitzungssaal um 21.36 Uhr.

Verkehrsrechtliche Angelegenheiten (Empfehlungsbeschlüsse des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses):

a) Aufhebung des Benutzungszwangs für Radfahrer auf dem bestehenden Geh- und Radweg im Bereich Medienallee und Dieselstraße

Bei der Verkehrsschau 2012 wurde die Rad- und Gehwegsituation im Bereich der Medienallee (Südseite) und Dieselstraße (Westseite) begutachtet.

Anlass war die Empfehlung des Landratsamts München, den derzeit bestehenden Nutzungszwang für Radfahrer in diesem Bereich aufzuheben, da der vorhandene Radweg von seiner Breite her nicht das erforderliche

57. Sitzung des Gemeinderates am 08.11.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Mindestmaß für gemeinsame Fuß- und Radwege von 2,50m vorweist. Denkbar wäre eine Geh- und Radwegkombination ohne Nutzungszwang, d.h. der Radfahrer entscheidet selbst, ob er auf der Fahrbahn oder auf dem (angebotenen) Radweg fährt.

Zudem darf gemäß § 45 Absatz der Straßenverkehrsordnung eine Radwegbenutzungspflicht nur dort angeordnet werden, wo dies aufgrund der besonderen Umstände zwingend geboten ist.

Der Radverkehr ist jedoch auf der Dieselstraße sowie auf der Medienallee aufgrund der bestehenden baulichen Voraussetzungen und des gegebenen Verkehrsflusses ohne Beeinträchtigung des motorisierten Straßenverkehrs sowie ohne eine besondere Gefährdung für den Radfahrer möglich.

Die Teilnehmer der Verkehrsschau 2012 haben sich daher für die Aufhebung des Nutzungszwangs des Radwegs für Radfahrer ausgesprochen, wobei die baulich bestehende Radfahrspur auf dem Gehweg als Angebot an Radfahrer bestehen bleiben soll.

Der Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschuss hat sich mit dieser Thematik in seiner Sitzung am 23.10.2012 befasst (Beschluss-Nr. 584) und empfiehlt dem Gemeinderat, den bestehenden Nutzungszwang für Radfahrer auf dem Geh- und Radweg im Bereich der Dieselstraße (Westseite) sowie der Medienallee (Südseite) aufzuheben.

Die baulich hergestellten Geh- und Radwege sollen in der bisherigen Form bestehen bleiben, damit Radfahrer diese optional weiterhin nutzen können.

860 20 Beschluss: 20:0

Der Gemeinderat folgt der Empfehlung des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses vom 23.10.2012 (Beschluss-Nr. 584) und beschließt, den bestehenden Nutzungszwang für Radfahrer auf dem Geh- und Radweg im Bereich der Dieselstraße (Westseite) sowie der Medienallee (Südseite) aufzuheben.

Die baulich hergestellten Geh- und Radwege bleiben in der bisherigen Form bestehen, damit Radfahrer diese optional weiterhin nutzen können.

Az.: 1402;
1; 3

Herr Mecke kehrt um 21.38 Uhr in den Sitzungssaal zurück.

57. Sitzung des Gemeinderates am 08.11.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Verkehrsrechtliche Angelegenheiten (Empfehlungsbeschlüsse des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses);

b) Aufhebung eines absoluten Halteverbots (Feuerwehrezufahrt) im Bereich der ZDF-Straße 1

Auf der Westseite der ZDF-Straße zwischen der Einmündung in die Medienallee und der Nordseite der Grundstückszufahrt (im Bereich der ZDF-Straße Hausnummer 1) besteht derzeit zur Sicherung einer Feuerwehranfahrt ein absolutes Halteverbot. Dies war bisher notwendig, da die Feuerwehr über eine Anleiterstelle den notwendigen zweiten Fluchtweg sicherstellen musste. Der Bürgermeister bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 16.09.1985, Nr. 242, in Erinnerung.

An der Ostseite des Gebäudes ZDF-Straße Nr. 1 wurde inzwischen über eine neu errichtete Außentreppe ein zweiter Rettungsweg geschaffen, der nunmehr den von der Feuerwehr im Notfall eingerichteten zweiten Rettungsweg ersetzt.

Hiermit ist gleichzeitig auch die Notwendigkeit einer eigens für diesen Zweck eingerichteten Feuerwehranfahrt im Bereich der ZDF-Straße Nr. 1 hinfällig. Das entsprechend bestehende absolute Halteverbot kann somit aufgehoben werden.

Hierdurch können gleichzeitig weitere Stellflächen für Fahrzeuge geschaffen werden, die eine Parkplatzsituation im Bereich der ZDF-Straße entsprechend entlasten würden.

Der Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschuss hat sich mit dieser Thematik in seiner Sitzung am 23.10.2012 befasst (Beschluss-Nr. 585) und empfiehlt dem Gemeinderat, das derzeit bestehende absolute Halteverbot auf der Westseite der ZDF-Straße zwischen der Einmündung in die Medienallee und der Nordseite der Grundstückszufahrt zur Schaffung einer Feuerwehranfahrtszone aufzuheben.

861 21 Beschluss: 21:0

Der Gemeinderat folgt der Empfehlung des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses vom 23.10.2012, Nr. 585, und beschließt, das derzeit bestehende absolute Halteverbot auf der Westseite der ZDF-Straße zwischen der Einmündung in die Medienallee und der Nordseite der Grundstückszufahrt zur Schaffung einer Feuerwehranfahrtszone aufzuheben. Die Halteverbotsbeschilderung ist entsprechend zu entfernen.

Az.: 1402;
1; 3

57. Sitzung des Gemeinderates am 08.11.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Verkehrsrechtliche Angelegenheiten (Empfehlungsbeschlüsse des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses): **c) Neufestsetzung eines Taxistandes an der Medienallee 4**

Der Bürgermeister bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 19.04.2012 ,Nr. 767, sowie die Bekanntgabe aus der Sitzung vom 26.07.2012 in Erinnerung.

Zur Entlastung der Polleranlage am Bahnhof sind nur noch Rettungsdienste, Feuerwehr, Polizei und im Bedarfsfall Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung berechtigt, über die Polleranlage zu fahren. Der öffentliche Nahverkehr sowie der Taxiverkehr sind ausgenommen.

Nach der Verlegung der Bushaltestelle für die Linie 233 in die Medienallee (Nordseite) in unmittelbarer Kreiselnahe wäre aus Sicht der Verwaltung ein weiterer Taxistand in der Medienallee (Südseite), gegenüber der neugeschaffenen Bushaltestelle, sinnvoll. Entsprechende Anfragen der Taxiunternehmen gehen bei der Verwaltung regelmäßig ein.

Für die Schaffung dieses zusätzlichen Taxistands wäre die erste Parkbucht auf der Südseite der Medienallee vom Kreisel kommend denkbar. Diese zwei Stellplätze würden dann aber ersatzlos entfallen.

Aus Sicht der Verwaltung ist diese Maßnahme sinnvoll und vertretbar. Die Mitarbeiter und Gäste der Unternehmen jenseits der Polleranlage könnten so bei Bedarf zügig vom S-Bahnhof zum jeweiligen Unternehmen gebracht werden, ohne dass hierfür das beauftragte Taxiunternehmen den längeren Weg durch Unterföhring nehmen müsste. Für die Taxiunternehmen könnte so der Wegfall der bisher genutzten Polleranlage ausgeglichen werden.

Die Verwaltung schlägt vor, dass dieser zusätzlich geschaffene Taxistand zunächst in einer Testphase befristet bis z.B. Januar 2014 erprobt wird.

Der Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschuss hat sich mit dieser Thematik in seiner Sitzung am 23.10.2012 befasst (Beschluss-Nr. 586) und empfiehlt dem Gemeinderat, die Verwaltung mit der Schaffung eines weiteren Taxistands in der Medienallee (Südseite) in der ersten Parkbucht vom Kreisel kommend zu beauftragen.

Die Errichtung des Taxistands sollte zunächst zeitlich bis zum 31. Januar 2014 befristet werden.

Die Verwaltung sollte zu gegebener Zeit dem Gremium einen Erfahrungsbericht vorlegen.

862 21 Beschluss: 21:0

Der Gemeinderat folgt der Empfehlung des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses vom 23.10.2012, Nr. 586, und beschließt, die Verwaltung mit der Schaffung eines weiteren Taxistands in der Medienallee (Südseite) in

57. Sitzung des Gemeinderates am 08.11.2012

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

der ersten Parkbucht vom Kreisel kommend zu beauftragen.
Die Errichtung des Taxistands wird zunächst zeitlich bis zum 31. Januar 2014 befristet.
Die Verwaltung hat zu gegebener Zeit dem Gremium einen Erfahrungsbericht vorzulegen.

Az.: 8510;
1; 3

Herr Klietsch verlässt den
Sitzungssaal um 21.40 Uhr und
kehrt um 21.43 Uhr zurück.

Bauleitplanung der Gemeinde Aschheim;
29. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Aschheim u. a.
zur Ausweisung von autobahnorientierten Gewerbeflächen und Flächen
für geothermische Anlagen; Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung
der Träger öffentlicher Belange

Der Bürgermeister gibt bekannt, dass die Gemeinde Unterföhring im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB im Rahmen der 29. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Aschheim u. a. zur Ausweisung von autobahnorientierten Gewerbeflächen und Flächen für geothermische Anlagen erneut um Stellungnahme gebeten wird. Die Planunterlagen werden zur Einsichtnahme vorgelegt.

In diesem Zusammenhang wird auf die Beschlüsse des Gemeinderates vom 08.03.2012, Nr. 755, vom 20.06.2012, Nr. 793 und vom 13.09.2012, Nr. 826, hingewiesen, in denen ausdrückliche Einwendungen und Hinweise im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange zur 29. Änderung des Flächennutzungsplanes, Änderungsbereich 1 (Ausweisung von autobahnorientierten Gewerbeflächen), der Gemeinde Aschheim vorgebracht wurden.

Der Bürgermeister berichtet dass alle Einwendungen und Hinweise der Gemeinde Unterföhring zur 29. Änderung des Flächennutzungsplanes abgewägt wurden und nicht in den Entwurf mitaufgenommen wurden.

Grund der erneuten Auslegung ist die Verschiebung und Vergrößerung der Eingrünungsfläche im Änderungsbereich 1e (Gewerbefläche westlich A99, südlich XXXLutz).

863 21 Beschluss: 21:0

Im Rahmen der 29. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Aschheim u. a. zur Ausweisung von autobahnorientierten Gewerbeflächen und Flächen für geothermische Anlagen werden seitens der Gemeinde Unterföhring folgende, ausdrückliche Einwendungen und Hinweise vorgebracht:

57. Sitzung des Gemeinderates am 08.11.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die Änderungen in Bereich 2 (Flächen für geothermische Anlagen) und in Bereich 3 (Nachrichtliche Übernahme der Verlegung der Anschlussstelle Aschheim/Ismaning von der B471 an die Kreisstraße M3) werden befürwortet.

Zu den vorliegenden Änderungen im Bereich 1 (Ausweisung von autobahnorientierten Gewerbeflächen) stehen seitens der Gemeinde Unterföhring nach wie vor erhebliche Bedenken entgegen, da die verkehrliche Hauptschließung, insbesondere im Änderungsbereich 1c (Schöndorfer / BAM), über das Gemeindegebiet Unterföhring, Kreisstraße M3, erfolgen soll und damit deren Leistungsfähigkeit als Ortsumfahrung deutlich beeinträchtigt. Damit wird die erreichte Entlastung der Ortsdurchfahrt von Unterföhring wieder zunichte gemacht.

Gegen die bisherige Nutzung (Asphalt-Mischwerk, Kiesabbau, Bodenrecycling o.ä.) bestehen selbstverständlich keine Einwände. Die Ausweisungen von konzentrierten Gewerbeflächen werden zwar von insgesamt ca. 450.000 m² auf ca. 200.000m² reduziert, dafür der Golfplatz von 19,57 ha auf 34,26 ha erweitert sowie Flächen für gewerbliche Gärtnereibetriebe mit einer Größe von 4,24 ha ausgewiesen. Unmittelbar an der Gemeindegrenze zu Unterföhring wird dies aus Erschließungsgründen als äußerst bedenklich angesehen und in dieser Form weiterhin abgelehnt.

Eine Zu- und Abfahrt über die Gemeinde Unterföhring für autobahnorientiertes Gewerbe (Spedition, Logistik, usw.) lehnt der Gemeinderat nach wie vor entschieden ab.

Ebenso weist die Gemeinde Unterföhring auf den zeitlich nicht absehbaren aber dringendst notwendigen Neubau der Anschlussstelle Aschheim/Ismaning von der Bundesstraße B471 zur Kreisstraße M3 hin.

Az.: 6010
3.1

Herr Prieler verlässt den
Sitzungssaal um 21.47 Uhr und
kehrt um 21.48 Uhr zurück.

Neubau einer Volkshochschule im BAHOG-Gelände; Sachstandsbericht und weiteres Vorgehen

Der Erste Bürgermeister bringt den Beschluss des Gemeinderates vom 09.02.2010, Nr. 534, sowie den Empfehlungsbeschluss des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschuss vom 23.10.2012, Nr. G318, in Erinnerung.

Der Gemeinderat legte fest, dass Planungen für den Neubau der VHS in Unterföhring von Seiten der Verwaltung zeitnah aufgenommen wird. Das Gebäude soll auf dem derzeitigen BAHOG-Gelände (Fl.Nr. 202) errichtet

57. Sitzung des Gemeinderates am 08.11.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

werden. Die hierfür notwendigen Kosten für Planung und Realisierung sind weiterhin im Haushaltsplan und Finanzplan zu belassen. Der Gemeinderat erklärte sich mit dem Vorschlag des Ersten Bürgermeisters einverstanden, dass der Abbruch des vorhandenen Gebäudes auf dem Grundstück Fl.Nr. 202 bereits von der Verwaltung in 2011 vorzubereiten ist.

Der Abbruch und Entsorgung wurde entsprechend durch die Verwaltung ausgeführt. Das Gelände ist derzeit als Brachfläche durch eine Einzäunung mittels Bauzaun gesichert.

Mit Schreiben vom April 2012 wurde seitens der Volkshochschule im Norden des Landkreises München e.V. (VHS) ein Raumprogramm für das vhs-Zentrum Unterföhring überlassen und dem Gremium zugestellt. Die Fläche Lehr – und Büroräumlichkeiten ohne Verkehrsfläche beträgt 1.550m² netto ohne Verkehrsflächen. Das Schreiben der VHS vom April 2012 wird bekannt gegeben.

Durch den Bürgermeister wird angeregt, auf Grund der Zielgruppe der VHS sowie der vorherrschenden Parkplatzsituation am S-Bahnhof eine ausreichend dimensionierte Tiergarage mit zu integrieren.

Aufgrund Nutzungsvielfalt des Gebäudes Räume stellt sich eine entsprechende Kostenberechnung sehr schwierig dar. Es wird vorgeschlagen, für die Erzielung eines optimalen Planungsergebnisses, einen begrenzt offenen Ideen- und Realisierungswettbewerb im kooperativen Verfahren nach den Richtlinien für Planungswettbewerbe in der Fassung vom 12.09.2008 (RPW 2008) durchzuführen.

Der Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschussbeschluss vom 23.10.2012, Nr. G318, wird bekannt gegeben.

864 21 Beschluss: 21:0

Der Gemeinderat schließt sich der Empfehlung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss vom 23.10.2012, Nr. G318, vollinhaltlich an. Dem gewünschten Raumprogramm der VHS (Schreiben vom April 2012) wird dem Grunde nach zugestimmt. Für die Erzielung eines optimalen Planungsergebnisses für das vhs-Zentrum Unterföhring auf dem Grundstück Fl.Nr. 202 (3.640 m²) Gemarkung Unterföhring ist auf Grundlage des Raumprogramms Stand April 2012 ein begrenzt offener Ideen- und Realisierungswettbewerb im kooperativen Verfahren nach den Richtlinien für Planungswettbewerbe (RPW) in der derzeit gültigen Fassung vorzubereiten und vor Auslobung dem Gemeinderat zur abschließenden Entscheidung vorzulegen. Als Planungsziel ist das Raumprogramm der VHS (Schreiben vom April 2012) um eine ausreichend dimensionierte Tiefgarage zu erweitern. Die im vorläufigen Raumprogramm bezeichnete Küche für haus eigene Bewirtung ist zu überdenken und bei den geplanten Werkräumen ist eine Nutzungsoptimierung anzustreben.

57. Sitzung des Gemeinderates am 08.11.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Mit der weiteren Vorbereitung (u.a. künftiges Raumprogramm, Auslobung für den Wettbewerb, Kostenschätzung) ist der Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München e.V. zu beauftragen.

Die entsprechenden Kosten sind unter der HHSt. 3500.9450 zu verbuchen.

Az.: 621
3.1, 0, 1; 2; 4

Herr Weingärtner verlässt um
22.07 Uhr den Sitzungssaal und
kehrt um 22.08 Uhr zurück.

57. Sitzung des Gemeinderates am 08.11.2012

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Bekanntgaben und Anfragen

- Herr Kemmelmeier fragt nach, wie der Sachstand zu den Sitzplätzen am nördlichen Zugang am Bahnhof ist. Der Vorsitzende teilt mit, dass durch die Verlegung der Bushaltestelle eine Sitzmöglichkeit im nördlichen Zugangsgebäude geschaffen wird.
- Des Weiteren erkundigt sich Herr Kemmelmeier, ob die Stühle mit Polsterung, die in der alten Gemeindehalle verwendet wurden, für die Aussegnungshalle am Parkfriedhof verwendet werden könnten. Hierzu erläutert der Erste Bürgermeister ausführlich, weshalb die derzeitigen Stühle in der Aussegnungshalle ohne feste Sitzpolster angeschafft wurden und dies auch weiterhin so bleiben wird.
- Herr Prieler erkundigt sich bezüglich des aktuellen Standes der Vermietung der Metzgerei (Ladengeschäft) ehemals Gockl. Der Vorsitzende teilt kurz mit, dass ein unmittelbares Gespräch mit einem der Bewerber im Rathaus erfolgen wird.
- Herr Zehetmair bittet um kurz Information zum Stand der Archäologie auf dem Gelände der Schulerweiterung. Der Vorsitzende erläutert kurz den Sachstand und fasst zusammen, dass nach derzeitigem Kenntnisstand keine archäologischen „Sensationen“ geborgen bzw. gefunden wurden.

Franz Schwarz
Erster Bürgermeister

Lothar Kapfenberger
Schriftführer